

Minijobs als Zubrot gefragt

Längst nicht alle geringfügig Beschäftigten in Deutschland haben nur ein einziges Arbeitseinkommen: Von den 7,2 Millionen Minijobbern gehen 2,3 Millionen auch noch einer anderen sozialversicherungspflichtigen Arbeit nach und verdienen sich mit dem Zweitjob ein Zubrot. Rund 740.000 weitere Personen bessern als geringfügig Beschäftigte ihre Rente auf. Für knapp 4,2 Millionen Menschen ist der Minijob dagegen wirklich die einzige Erwerbseinkommensquelle. Durch die Hartz-II-Reform im Jahr 2003 sind diese Stellen insgesamt attraktiver gewor-

den: Die Verdienstgrenze liegt jetzt bei 400 und nicht länger bei 325 Euro. Minijobber im Nebenerwerb müssen den Verdienst außerdem nicht mehr zusammen mit ihrem Haupteinkommen versteuern. Unmittelbar nach der Reform stieg denn auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten steil an. Seither wächst das Minijob-Segment aber nur noch bei jenen, denen der 400-Euro-Job als Nebenerwerb dient. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten, die jünger als 65 Jahre waren, lag im Juni 2009 hingegen genauso hoch wie Mitte 2004.

In dieser Woche

Schuldenbremse: Ab 2011 muss sich die Bundesregierung an schrittweise strengere Haushaltsvorschriften halten. Doch durch eine einmalige Umbuchung hat es die schwarz-gelbe Koalition geschafft, erst ab 2013 sorgsamer haushalten zu müssen. Seite 2

Internationaler Handel: Die Exporterfolge Deutschlands stehen derzeit in der Kritik, sollen sie doch mitverantwortlich für die Handelsdefizite anderer Staaten sein. Aber der Anteil deutscher Produkte an den Importen wichtiger Handelspartner ist seit Jahren so gut wie gleich geblieben. Seite 3

Altersteilzeit: Die Ende 2009 ausgelaufene gesetzliche Förderung der Altersteilzeit ist durch zahlreiche tarifliche Anschlussregelungen ersetzt worden. Dadurch hat sich auch die Finanzierung verändert. Seite 4-5

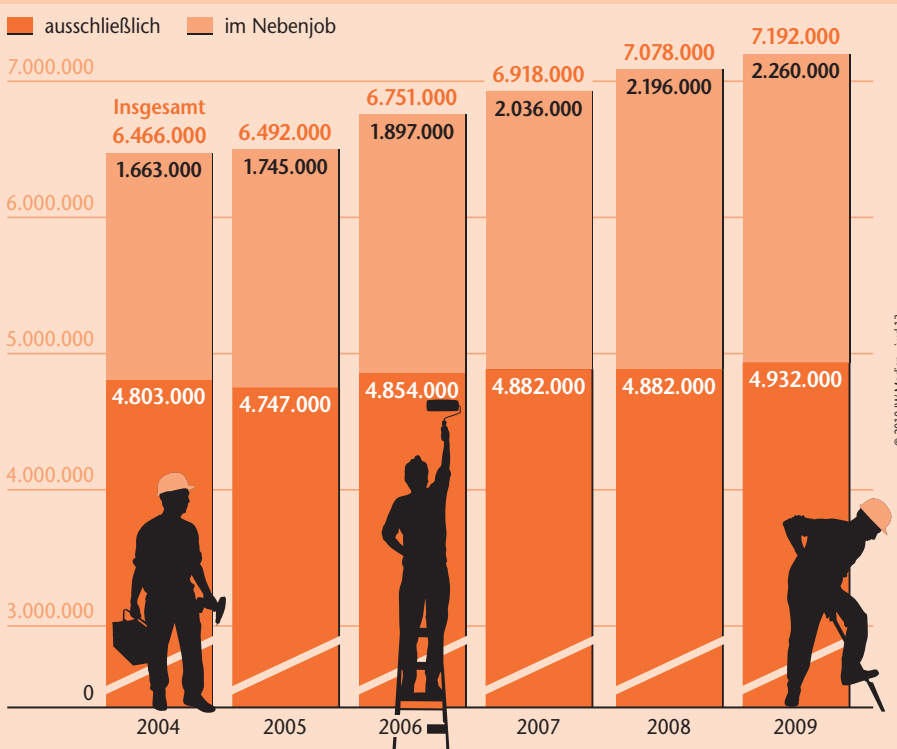
Energie: Kostenbewusst mit Energie umzugehen, spart bares Geld, schließlich sind Strom, Gas und Öl teuer. Zudem lässt sich so der Ausstoß von Treibhausgasen verringern. Die deutsche Industrie ist im internationalen Vergleich auf diesem Gebiet bereits gut aufgestellt. Seite 6

Filmwirtschaft: Die deutsche Filmwirtschaft hat 2009 eines ihrer erfolgreichsten Geschäftsjahre erlebt. Mehr als 146 Millionen Besucher strömten in die Kinos. Angelockt wurden die Filmfans sowohl von internationalen Blockbustern als auch von deutschen Filmen. Seite 7

Ausbildungsvergütungen: Die Ausbildungsvergütungen sind im vergangenen Jahr so stark gestiegen wie lange nicht mehr. Dazu beigetragen hat unter anderem die Entwicklung der Azubi-Gehälter im Osten, die sich dem Westniveau weiter annäherten. Seite 8

Minijobs: Oft ein zweites Standbein

So viele Personen waren ... geringfügig beschäftigt



Stand: jeweils Ende Juni; ausschließlich geringfügig beschäftigt: inklusive Rentner; Minijob: maximal 400 Euro Verdienst pro Monat; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Schuldenbremse

Gefährliches Spiel auf Zeit

Ab 2011 muss sich die Bundesregierung an schrittweise strengere Haushaltsvorschriften halten. Doch Sparen ist bei den Wählern unpopulär. Deshalb möchte die schwarz-gelbe Koalition so spät wie möglich damit anfangen. Durch eine einmalige Umbuchung hat sie es geschafft, erst ab 2013 sorgsamer haushalten zu müssen.

Die Bundesrepublik muss sparen. Denn ab dem nächsten Jahr gilt die sogenannte Schuldenbremse. Sie schreibt dem Bund vor, sein strukturelles Defizit

in gleichmäßigen Schritten bis 2016 auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen. Dann darf dieses Defizit nur noch rund 10 Milliarden Euro betragen.

Dabei ist das strukturelle Defizit jener Teil des gesamten Haushaltslochs, der nicht konjunkturell bedingt ist, sich in Boomjahren also nicht wegkonsolidiert.

Als Ausgangspunkt für die Verringerung des strukturellen Defizits ist im Gesetz das Jahr 2010 explizit festgelegt. Von welchem Niveau aus dabei gestartet

wird, hat jedoch die Regierung in der Hand – in ihrer Finanzplanung von 2009 war dieses Defizit für 2010 mit gut 39 Milliarden Euro angesetzt.

Nach diesen ursprünglichen Planungen betrug daher der Konsolidierungsumfang des Bundes in den Jahren 2011, 2012 und 2013 jeweils 9 und 7 und nochmals 7 Milliarden Euro. Aber Sparen ist unpopulär. Deshalb schafft sich die Bundesregierung Spielräume, um die Haushaltskonsolidierung noch ein wenig vor sich herschieben zu können – und so plant sie momentan für dieses Jahr bereits mit einem strukturellen Minus von knapp 67 Milliarden Euro.

Dazu bedient sich die schwarz-gelbe Koalition vor allem eines simplen Umbuchungs-Tricks: Ursprünglich sollte die Bundesagentur für Arbeit (BA) ein Darlehen erhalten, weil ihre Beitragseinnahmen in der Krise momentan nicht reichen, um ihre Ausgaben zu decken. Durch das Darlehen hätte sich der Bund statt der BA verschuldet. Die Folge: Das gesamte Defizit des Bundes wäre 2010 gestiegen, das strukturelle hingegen konstant geblieben. Denn wenn die Wirtschaftskrise überstanden

ist, muss die BA das Darlehen zurückzahlen.

Nun wird der Kredit 2010 in einen einmaligen Zuschuss umgewandelt. Den braucht die Bundesagentur für Arbeit nicht zurückzuzahlen, wenn die Konjunktur wieder normal läuft. Deshalb erhöht sich 2010 das zulässige strukturelle Defizit des Bundes um gut 16 Milliarden Euro. Zusätzlich zu dieser Summe setzt die Regierung für 2010 das konjunkturell bedingte Defizit einfach um 12 Milliarden Euro niedriger an. Im Gegenzug kalkuliert sie aber mit einem strukturellen Defizit, das um genau diesen Betrag höher ausfällt. Beides zusammen – das Darlehen und die Neuberechnung – hievt das strukturelle Defizit unterm Strich auf 67 Milliarden Euro – von ehemals vorgesehenen 39 Milliarden Euro. Was sich die Politik davon verspricht, wird deutlich, wenn man den gesetzlich festgelegten Konsolidierungspfad verfolgt (Grafik):

Das strukturelle Defizit muss in gleichmäßigen Schritten bis 2016 auf 10 Milliarden Euro abgebaut werden – 2011 wären also maximal 57 Milliarden Euro Minus zulässig, 2012 rund 49 Milliarden Euro.

In den Haushaltsplanungen erwartet die Bundesregierung für 2011 allerdings unverändert einen strukturellen Fehlbetrag von lediglich 45 Milliarden und für 2012 rund 47 Milliarden Euro – die Umbuchung pusht das Defizit ja nur einmal, passenderweise in dem Jahr, das als Berechnungsgrundlage für alle anderen gilt. In anderen Worten: Wo laut früherer Planung 2011 gut 9 Milliarden Euro hätten konsolidiert werden müssen, braucht nun überhaupt nichts mehr getan zu werden, auch 2012 nicht.

Dafür gilt es, von 2013 bis 2016 umso konsequenter den Rotstift anzusetzen – in vier Jahren ist jene Konsolidierung zu leisten, die ursprünglich in sechs Jahren geschafft werden sollte. Das heißt: Unabhängig davon, wie die Regierung 2010 ihre Zahlung an die BA bucht, muss sie bis 2016 gegenüber den Vorjahren insgesamt 38 Milliarden Euro einsparen.

Haushaltskonsolidierung: Das dicke Ende kommt noch

Das strukturelle Defizit ist der Teil des Staatsdefizits, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen ist. Indem das strukturelle Defizit begrenzt wird, sorgt man dafür, dass neue Ausgaben nur dann erfolgen, wenn an anderer Stelle gekürzt wird oder die Einnahmen steigen. Mit der Schuldenbremse hat der Gesetzgeber festgelegt, dass der Bund sein strukturelles Defizit von 2010 bis zum Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts herunterfahren muss – also auf rund 10 Milliarden Euro.

In der aktuellen Finanzplanung des Bundes ist für 2010 ein höheres strukturelles Defizit angesetzt worden als in der Planung aus dem Vorjahr. Verantwortlich dafür sind einmalige Umbuchungen im Haushalt, die 2011 nicht noch einmal vorkommen. Allein dadurch erhöht sich das zulässige strukturelle Defizit im kommenden Jahr, sodass für 2011 und 2012 nach den Regeln der Schuldenbremse kein Konsolidierungsbedarf besteht.

in Milliarden Euro
■ Finanzplanung 2009 ■ Aktuelle Finanzplanung



Internationaler Handel

Deutschland taugt nicht als Buhmann

Die Exporterfolge Deutschlands stehen derzeit in der Kritik. Manche Politiker machen die Bundesrepublik gar mitverantwortlich für die Handelsdefizite anderer Staaten. Doch der Anteil deutscher Produkte an den Importen wichtiger Handelspartner ist seit Jahren mehr oder weniger unverändert. Zudem sind die Erzeugnisse hiesiger Firmen vor allem für die Schwellenländer eine wichtige Wachstumsquelle.

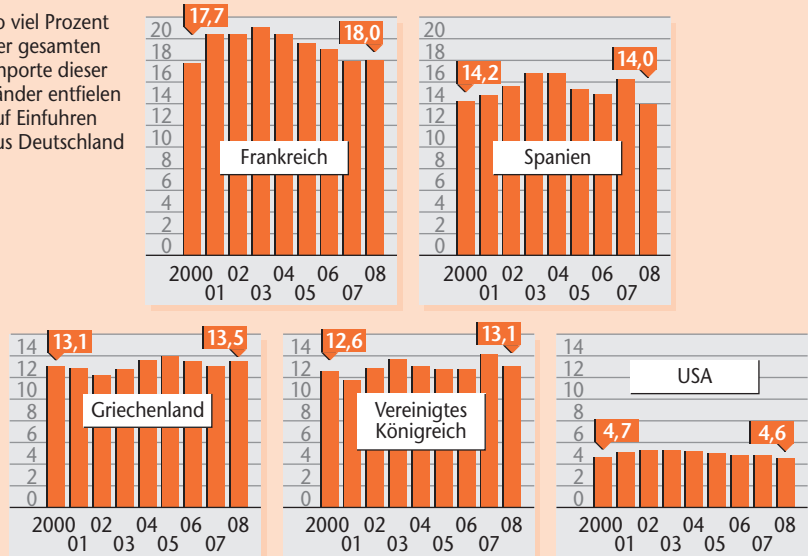
Auch wenn in vielen Ländern mittlerweile wieder ein lauer Konjunkturfrühling anbricht, so sind die ökonomischen Probleme im ersten Jahr nach der weltweiten Krise nach wie vor drückend. Politiker beklagen vor allem die Ungleichgewichte in den internationalen Handelsbeziehungen. Staaten wie die USA, aber auch Griechenland und Spanien konsumieren seit Jahren mehr Waren und Dienstleistungen, als sie selbst produzieren. Ein großes Defizit in der Leistungsbilanz, die im Wesentlichen die grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehrsströme umfasst, ist die Folge. Demgegenüber erwirtschaften Länder wie Deutschland, China oder auch Japan regelmäßige Handelsüberschüsse.

Nicht nur die französische Wirtschaftsministerin Lagarde, sondern auch Vertreter von IWF und OECD fordern nun, dass Deutschland mehr konsumieren müsse, um seinen Exportüberschuss abzubauen. Die höhere hiesige Nachfrage nach ausländischen Gütern würde dann die Defizite anderswo abbauen helfen. Doch die Bundesrepublik taugt nicht als Sündenbock für die Probleme ihrer Handelspartner – aus mehreren Gründen: **1. Der Anteil deutscher Güter an den Importen des Auslands ist stabil.** Anders, als es manche politische Äußerung nahelegt, hat Deutschland andere Länder zuletzt keineswegs mit seinen Produkten überflutet. Dies gilt gerade auch für jene Staaten, die unter der jüngsten Rezession besonders zu leiden haben (Grafik):

Im Jahr 2008 steuerten deutsche Waren und Dienstleistungen rund 14 Prozent zu den gesamten Einfuhren

Außenhandel: Deutscher Anteil weitgehend konstant

So viel Prozent der gesamten Importe dieser Länder entfielen auf Einfuhren aus Deutschland



Ursprungsdaten: IWF

Institut der deutschen
Wirtschaft Köh

Spaniens und Griechenlands bei – damit war der Anteil in etwa ebenso hoch wie im Jahr 2000.

In anderen Ländern mit einer defizitären Leistungsbilanz wie den USA, Frankreich und Großbritannien blieb der Anteil deutscher Importe in den vergangenen Jahren ebenfalls weitgehend stabil. Offenbar konnten von der wachsenden Nachfrage dieser Staaten nach ausländischen Gütern alle jeweiligen Lieferländer profitieren.

Zudem ist der mit deutschen Unternehmen betriebene Handel keineswegs so umfangreich, dass er für die Probleme der Krisenländer ausschlaggebend wäre:

Selbst wenn Deutschland beispielsweise sämtliche Exporte nach Griechenland einstellte – diese betragen 2008 rund 10 Milliarden Dollar –, würde das hellenische Handelsbilanzdefizit von zuletzt etwa 53 Milliarden Dollar nur um knapp 20 Prozent schrumpfen.

Ein wirksames Mittel gegen die Krise bestünde für die Griechen darin, ihre Löcher im Staatssäckel durch verstärktes Sparen zu stopfen. Denn dies würde den

Bedarf an ausländischem Kapital verringern und so auch das Minus in der Leistungsbilanz schrumpfen lassen.

2. Deutschland punktet mit spezieller Produktpalette. Die Erzeugnisse der hiesigen Unternehmen kommen auf den Weltmärkten nicht in erster Linie deshalb so gut an, weil sie besonders billig wären – die Vorwürfe, Deutschland verdränge andere Anbieter durch einen Kostensenkungswettbewerb, laufen ins Leere.

Vielmehr überzeugen Produkte „made in Germany“ vor allem mit ihrer besonderen Qualität. Außerdem stellen die heimischen Firmen gerade jene Waren her, die viele andere Staaten benötigen, um ihre Wirtschaft voranzubringen. So haben insbesondere die Schwellenländer zuletzt verstärkt Maschinen, Fahrzeuge oder Chemieprodukte aus Deutschland importiert, welche etwa die anderen EU-Staaten nicht in dieser Form offerieren (vgl. iwd 8/2010). Würde Deutschland auf internationalen Druck hin dieses Investitionsgüterangebot verknapfen, könnte dies das Wachstum in den Schwellenländern beeinträchtigen und damit auch die Weltkonjunktur abbremsen.

Altersteilzeit

Die Allgemeinheit wird entlastet

Die Ende 2009 ausgelaufene gesetzliche Förderung der Altersteilzeit ist durch zahlreiche tarifliche Anschlussregelungen ersetzt worden. Dadurch hat sich auch die Finanzierung verändert. In der Metall- und Elektro-Industrie beispielsweise müssen die Beschäftigten nunmehr die Hälfte der Kosten tragen. Der Staat ist künftig außen vor. In der Chemischen Industrie wurde die Altersteilzeit in eine Gesamtstrategie zur Bewältigung des demografischen Wandels eingebettet.

Lange Jahre hat der Gesetzgeber den vorzeitigen und schrittweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben gefördert. Ein wichtiger Baustein war die Altersteilzeit (Kasten). Sie erfreute sich bis Mitte des Jahrzehnts einer wachsenden Beliebtheit. Allein im Jahr 2004 wurden über 54.000 neue Anträge auf staatliche Förderung bewilligt. Danach ließ der Andrang etwas nach (Grafik). Mit dem Auslaufen der gesetzlichen Förderung wird es in diesem Jahr gar keine Aspiranten mehr geben. Damit wird auch der Bestand in den nächsten Jahren deutlich sinken.

Laut Bundesagentur für Arbeit wurden im ersten Halbjahr 2009 knapp 95.000 Altersteilzeiter vom Staat gefördert. Das waren schon fast 10.000 Fälle weniger als im Spitzenjahr 2007.

Dass die gesetzliche Förderung der Altersteilzeit inzwischen ausgelaufen ist, hängt vor allem mit der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung zusammen. In der Vergangenheit sollten ältere Arbeitnehmer früher aus dem Berufsleben ausscheiden, um dem Nachwuchs Platz zu machen – so der Konsens in Politik und Wirtschaft.

Um künftig genügend qualifizierte Arbeitskräfte zu haben, müssen ältere

Arbeitnehmer inzwischen jedoch länger gehalten werden. Die Altersteilzeit ist mithin nicht mehr zeitgemäß und der Schlussstrich war von daher nur folgerichtig. Damit folgte der Gesetzgeber der gleichen Logik, die ihn auch dazu bewegen hat, das Renteneintrittsalter schrittweise von 65 auf 67 Jahre zu erhöhen.

Schon in der Vergangenheit wurden die gesetzlichen Vorschriften durch zahlreiche tarifvertragliche Regelungen ergänzt, die die vom Staat vorgegebenen Aufstockungsbeträge vielfach erhöhten. Statt der geforderten 70 Prozent des Nettolohns bekamen Altersteilzeiter oft 85 Prozent ihres letzten Vollzeitsalärs.

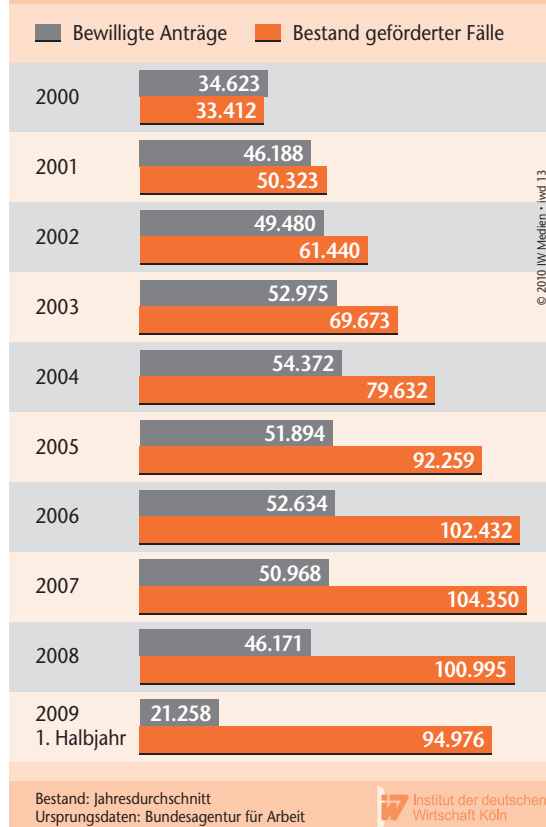
Der Wegfall der staatlichen Förderung hat die Tarifparteien dazu veranlasst, die Altersteilzeit neu zu verhandeln. Dabei sind unterschiedliche tarifliche Modelle herausge-

kommen (Tableau). Die meisten Branchen haben einfach die alte Regelung verlängert. Allerdings muss der Arbeitgeber jetzt ohne Staatszuschuss auskommen. Arbeitnehmer in der M+E-Industrie werden dagegen künftig mit zur Kasse gebeten. Andere Branchen, zum Beispiel die Chemische Industrie, betten den schrittweisen Übergang aus dem Erwerbsleben in eine demografische Gesamtstrategie ein. Im Einzelnen:

Verlängerung der Altersteilzeit. Die Bau- und Stahlindustrie, die Versicherungen oder die Energieversorger – um nur einige zu nennen – haben die bisherigen Regelungen zunächst einmal verlängert; der Bau bis Ende dieses Jahres, die Stahlbranche bis Ende 2011.

Demnach stockt der Arbeitgeber bei den Beschäftigten des Baugewerbes das Entgelt um 20 Prozent auf mindestens 70 Prozent des letzten Nettoverdienstes auf.

Altersteilzeit: Ein Auslaufmodell



Altersteilzeitgesetz

Zwischen 1996 und 2009 erlaubte das Altersteilzeitgesetz einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in die Altersrente. Wer 55 Jahre alt war und innerhalb der vorherigen fünf Jahre an mindestens 1.080 Kalendertagen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachging, konnte schrittweise kürzer treten. Entweder arbeitete der Beschäftigte in der ersten Hälfte der Altersteilzeit wie gewohnt Vollzeit – dann wurde er in der zweiten Hälfte von der Arbeit freigestellt. Oder der Mitarbeiter jobbte von Anfang an nur noch halbtags, dann allerdings über die gesamte Laufzeit hinweg.

Damit dieses Instrument für den Arbeitnehmer attraktiv war, garantierte ihm das Gesetz mindestens 70 Prozent des letzten Nettogehalts. Außerdem wurden mindestens 90 Prozent der Rentenversicherungsbeiträge gezahlt.

Als Bonbon für den Arbeitgeber erstattete der Staat ihm 20 Prozent des Altersteilzeiteinkommens sowie die Aufstockung des Rentenversicherungsbeitrags auf 90 Prozent. Voraussetzung war, dass der Arbeitgeber für jeden Altersteilzeiter einen Arbeitslosen, Ausgebildeten oder Auszubildenden übernahm.

Die Stahlbranche zahlt bei halber Arbeit sogar 85 Prozent des Vollzeit-Nettos des Beschäftigten.

Im Öffentlichen Dienst blieb die Altersteilzeit vom Grundsatz her ebenfalls bestehen. Der mögliche Altersteilzeitanspruch wurde aber vom 55. Lebensjahr auf das 60. Lebensjahr angehoben. Außerdem können nur noch halb so viele Beschäftigte auf Altersteilzeit gehen wie früher, nämlich 2,5 Prozent. Diese Regelungen sollen die Kosten für den Bund und die Kommunen reduzieren.

Kostenteilung. In der M+E-Industrie wurde mit dem „Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente“ eine Unterscheidung zwischen einem allgemeinen und einem besonderen Anspruch eingeführt:

- Der allgemeine Anspruch entsteht nach zwölfjähriger Betriebszugehörigkeit ab dem 61. Lebensjahr für maximal vier Jahre.
- Einen besonderen Anspruch haben Arbeitnehmer, die in Schicht oder unter belastenden Umwelteinflüssen arbeiten. Sie können schon ab dem 57. Lebensjahr in Altersteilzeit gehen, maximal für sechs Jahre.

Der besondere Anspruch beschränkt sich allerdings auf 2,5 Prozent der Beschäftigten eines Betriebes. Insgesamt ist der besondere und allgemeine Anspruch auf Altersteilzeit auf 4 Prozent der Belegschaft begrenzt. Wird der besondere Anspruch ausgeschöpft, begrenzt sich der allgemeine Anspruch demnach auf 1,5 Prozent.

Die geschätzten Gesamtkosten von 0,8 Prozent der M+E-Lohn- und Gehaltssumme werden zur Hälfte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt. Dazu verzichten die Arbeitnehmer zwischen Januar und April 2010 auf jeweils 0,4 Prozent ihres Monatsentgelts.


Demografiefonds. Die Chemische Industrie und die Kunststoff verarbeitende Industrie haben die Altersteilzeit in eine demografische Gesamtstrategie eingebunden. Der „Tarifvertrag Lebensarbeitszeit und Demografie“ verpflichtet die Chemiebetriebe in einem ersten Schritt zu einer Analyse der Alters- und Qualifikationsstrukturen nach Standorten und Funktionsbereichen. In einem zwei-

Altersteilzeit: Was Tarifverträge regeln

(Auswahl)

	Aufstockungszahlung	Berechtigte	Voraussetzung
Bauwirtschaft	Um wenigstens 20 Prozent, mindestens auf 70 Prozent des Nettoentgelts	Entscheidung des Arbeitgebers	Ab 55. Lebensjahr möglich; Einzelvertrag oder freiwillige Betriebsvereinbarung notwendig
Chemische Industrie	Um wenigstens 40 Prozent, mindestens 85 Prozent des Nettoentgelts	Wird durch die Mittel des Demografiefonds bestimmt; pro Beschäftigten und Jahr zahlen Arbeitgeber 300 Euro in den Fonds ein	Ab 59. Lebensjahr möglich; freiwillige Betriebsvereinbarung
Energieversorgung	Mindestens 82 Prozent der Nettobezüge	Per Betriebsvereinbarung festzulegen	Ab 55. Lebensjahr
Kautschukindustrie (geplante Neuregelung)	Offen	Maximal 3 Prozent der Arbeitnehmer; Finanzierung über Demografiefonds, in den die Arbeitgeber pro Beschäftigten und Jahr 300 Euro einzahlen	Offen
Kunststoff verarbeitende Industrie	Um wenigstens 40 Prozent, mindestens auf 85 Prozent (maximal 90 Prozent) des Nettoentgelts	Wird durch die Mittel des Demografiefonds bestimmt; pro Beschäftigten und Jahr zahlen Arbeitgeber 300 Euro in den Fonds ein	Ab 59. Lebensjahr möglich; mindestens 5 Jahre Betriebszugehörigkeit; freiwillige Betriebsvereinbarung
M+E-Industrie	Auf 82 Prozent des Nettogehalts; hinzu kommen gestaffelt 3 bis 7 Prozentpunkte (anstelle der entfallenden Sonderzahlungen)	Bis zu 2,5 Prozent der Arbeitnehmer bei besonderem Anspruch; maximal 4 Prozent (besonderer und allgemeiner Anspruch); Kosten tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	Besonderer Anspruch: bei Schichtarbeit oder Umweltbelastungen ab 57. Lebensjahr für maximal 6 Jahre; allgemeiner Anspruch: ab 61. Lebensjahr für maximal 4 Jahre
Öffentlicher Dienst	Um 20 Prozent des bisherigen Nettoentgelts	Bis zu 2,5 Prozent der Tarifbeschäftigten	Ab 60. Lebensjahr
Papier erzeugende Industrie	Um wenigstens 40 Prozent, mindestens auf 85 Prozent des Nettoentgelts	Maximal 5 Prozent aller Arbeitnehmer	Ab 57. Lebensjahr, mindestens 10 Jahre Betriebszugehörigkeit
Stahlindustrie	Auf 85 Prozent des Nettogehalts	Bis zu 4 Prozent aller Arbeitnehmer	Ab 55. Lebensjahr
Versicherungen	Um 30 Prozent des bisherigen Nettoentgelts	Keine tarifliche Regelung	Ab 55. Lebensjahr

Stand: März 2010; Energieversorgung: Bayern; Kunststoff verarbeitende Industrie: Bayern; Öffentlicher Dienst: Bund und Kommunen; Ursprungsdaten: BDA-Tarifarchiv

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 13

ten Schritt ist dann zu ermitteln, wie die Altersverteilung in zehn Jahren aussieht. Auf dieser Grundlage folgt als dritter Schritt ein Aktionsplan:

Betriebe können zum Beispiel dazu übergehen, altersgerechte Arbeitszeitmodelle anzubieten, damit bewährte Kräfte nicht vorzeitig das Handtuch werfen.

Eine kontinuierliche Weiterbildung soll helfen, dass auch die Senioren jederzeit in der Lage sind, neue Anforderungen zu erfüllen. Ziel ist aber auch, Mitarbeiter bis zum Renteneintrittsalter zu halten, etwa durch eine angepasste Arbeitsorganisation.

Finanziert wird die Altersteilzeit über einen Demografiefonds. Diesen speist die Firma mit 300 Euro je Beschäftigten und Jahr.

Wenn sich Betriebsrat und Management einigen, entsprechende Regelungen anzubieten, greifen diese ab dem 59.

Lebensjahr. Wie viele Beschäftigte letztlich kürzer treten können, hängt von den Finanzen des Fonds ab. Er ist nicht allein für die Altersteilzeit reserviert. Aus ihm werden weitere Sozialleistungen finanziert – z.B. die betriebliche Altersvorsorge und die Teilrente.

In Branchen, in denen die Tarifparteien noch keine Anschluss- oder Neuregelungen getroffen haben, sollen Expertenkommissionen Vorschläge entwickeln. Die Kautschukindustrie hat bereits Eckpunkte für eine tarifliche Altersteilzeitregelung vereinbart.

Die neuen Verfahren überwälzen die Kosten der Altersteilzeit nicht länger auf die Allgemeinheit. Dies ist aus ordnungspolitischer Sicht zu begrüßen. Allerdings sollte der Fokus vor allem darauf gerichtet werden, die Beschäftigungsfähigkeit möglichst vieler Arbeitnehmer bis zum Renteneintritt zu erhalten.

IW-Studiengespräch zur beruflichen Bildung



Der Trend ist unverkennbar und wird bis auf weiteres anhalten: Die Zahl der Schulabgänger sinkt. Die meisten Schülerinnen und Schüler profitieren von dieser Entwicklung, denn damit verringert sich für sie die Konkurrenz beim Eintritt in den Arbeitsmarkt.

Die Unternehmen haben dagegen zunehmend Probleme, geeignete Nachwuchskräfte zu ergattern. Schon im vergangenen Jahr gab es mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als unversorgte Bewerber. In diesem Jahr könnte es für die ausbildenden Unternehmen noch schwieriger werden, denn als Folge der Wirtschaftskrise dürfte sich der Druck auf die Ausbildungs- und Personalkosten in vielen Betrieben weiter erhöhen. Gleichzeitig steigen die Qualitätsanforderungen an die Aus- und Weiterbildung jedoch.

Was können Unternehmen, die in der dualen Berufsausbildung engagiert sind, dieser Entwicklung entgegensetzen? Und wie sieht eine adäquate Bildungspolitik angesichts dieses Szenarios aus? Mit diesen Fragen beschäftigt sich vom 2. bis 4. Mai 2010 das 56. IW-Studiengespräch „Berufsausbildung im Zeichen der Wirtschaftskrise – Zwischen Kostendruck, Qualitätsanspruch und Strukturreform“ in Budenheim bei Mainz.

Vor allem zwei Themen, die in Workshops diskutiert werden, stehen bei der Veranstaltung im Fokus: Zum einen geht es darum, welchen Beitrag die Personalarbeit zum Unternehmenserfolg leisten kann und welche Strategien und Instrumente ein besonderes Potenzial zur Zukunftssicherung bieten. Zum anderen werden die Tagungsteilnehmer erörtern, wie sich die duale Berufsausbildung noch stärker in die Betriebsabläufe und den Produktionsalltag einbinden lässt, um so die Qualität und Effizienz der Ausbildung weiter zu steigern.

Abgerundet wird die Veranstaltung durch Forschungsbeiträge, Praxisbeispiele aus Berufsschulen und Unternehmen sowie eine Podiumsdiskussion, die sich um die Berufsbildungspolitik im Zeichen der Wirtschaftskrise und der demografischen Veränderungen dreht.

Weitere Informationen:
 Claudia Götsch
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln
 Telefon: 0221 4981-713
 E-Mail: goetsch@iwkoeln.de
 Internet: www.iwkoeln.de
 im Bereich „Presselounge“

Energie Effizienz tut not

Kostenbewusst mit Energie umzugehen, ist vor allem aus zwei Gründen wichtig: Zum einen spart es bares Geld, schließlich sind Strom, Gas und Öl teuer. Zum anderen lässt sich so der Ausstoß von Treibhausgasen verringern. Die deutsche Industrie ist im internationalen Vergleich auf diesem Gebiet bereits gut aufgestellt.

Hohe Energiekosten spielen in Industrieunternehmen eine wichtige Rolle. Daran haben auch die krisenbedingten Preisrückgänge von Gas, Öl und Strom nichts geändert. Betriebe, die Energie sparsam einsetzen, haben der Konkurrenz unter Umständen einiges voraus – gerade in energieintensiven Branchen

wie der Metallerzeugung, der Zementindustrie oder der Papierherstellung.

Allerdings haben die Unternehmen hierzulande ihre Einsparlimits oft bereits erreicht. Hier kann meist nur völlig neue Technik große Sprünge bringen. Im internationalen Vergleich steht Deutschland aber bereits gut da (Grafik):

Um 1.000 Euro Wertschöpfung zu erwirtschaften, wurde 2007 hierzulande der Energiegehalt von 110,4 Kilogramm Öl benötigt. Damit liegt die Bundesrepublik unter den Top 5 der effizientesten Industrieländer.

In den vergangenen Jahren ist der Energieverbrauch in Deutschland zudem trotz des wirtschaftlichen Wachstums um 7,8 Prozent zurückgegangen.

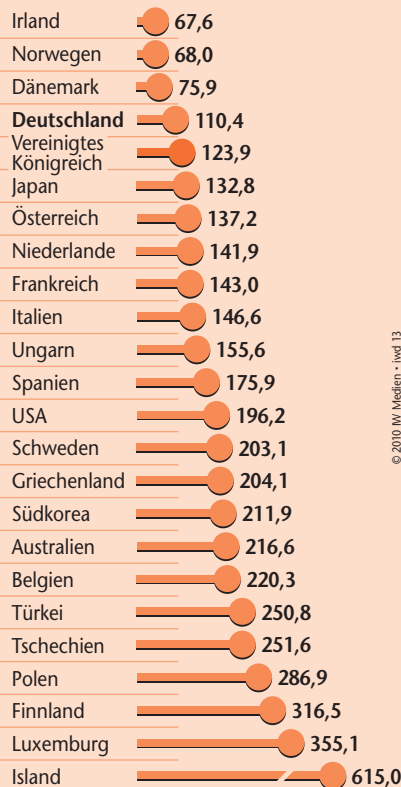
Die künftige deutsche Politik muss dieses gute Abschneiden der hiesigen Industrie berücksichtigen. Vor allem darf sie von den Unternehmen angesichts der bereits erreichten Effizienz keine allzu großen Fortschritte mehr erwarten. Belastet die Regierung die Firmen dennoch mit strengeren Vorschriften, drohen Wertschöpfung und Arbeitsplätze am Standort Deutschland verloren zu gehen.

Außerdem gilt es, die gute Position gerade aufgrund des hohen Anteils energieintensiver Industrien zu würdigen. Diese sind in vielen anderen Ländern kaum noch vorhanden und treiben den durchschnittlichen Energieverbrauch der deutschen Industrie nach oben.

Japan etwa ist ein mit Deutschland vergleichbares Industrieland, das immer als großes Vorbild in Sachen Energieeffizienz angesehen wird. Aber das Reich der aufgehenden Sonne verbraucht gut 20 Prozent mehr Öl, Gas und Strom, um in der Industrie 1.000 Euro Wertschöpfung zu erzielen. Schlusslicht in Sachen sinnvoller Energienutzung ist mit großem Abstand Island. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Insel auf billige regenerative Quellen zurückgreifen kann, vor allem auf Erdwärme. Daher hat sich in Island viel Schwerindustrie angesiedelt – was sich negativ auf die Energieeffizienz des Landes auswirkt.

Energieeffizienz: Deutsche Industrie vorn dabei

So viel Kilogramm Öl wurden im Jahr 2007 in Bergbau und Industrie eingesetzt, um 1.000 Euro Wertschöpfung zu erzeugen



Industrie: ohne Energie- und Bauwirtschaft;
 Vereinigtes Königreich, Island: 2005;
 Ursprungsdaten: Europäische
 Zentralbank, Internationale
 Energie-Agentur, OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Filmwirtschaft

Auch deutsche Streifen machen Kasse

Die deutsche Filmwirtschaft hat 2009 eines ihrer erfolgreichsten Geschäftsjahre erlebt. Im vergangenen Jahr strömten mehr als 146 Millionen Besucher in die Kinos. Angelockt wurden die Cineasten jedoch nicht nur durch internationale Blockbuster – auch deutsche Produktionen füllten die Kinosäle.

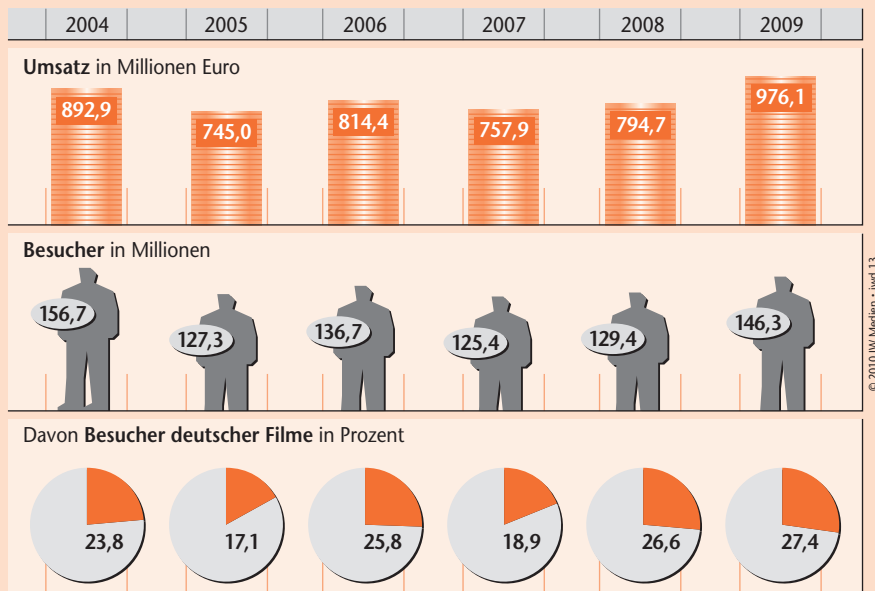
DVD, Bezahlfernsehen und Internet zum Trotz strömen die Deutschen wieder mehr in die Kinos. Laut der deutschen Filmförderungsanstalt verbuchten die Betreiber mit 146 Millionen Besuchern im Jahr 2009 einen Zuwachs von gut 13 Prozent. Rosigere Zeiten erlebten die Lichtspielhäuser deshalb auch in Sachen Umsatz: Mit 976,1 Millionen Euro stiegen die Einnahmen an der Kinokasse um knapp 23 Prozent (Grafik). Diese starke Entwicklung geht unter anderem auf das Konto von 3-D-Filmen. So war der Animationsfilm „Ice Age 3“ mit 8,7 Millionen Besuchern der Kassenschlager des Jahres 2009. Auch die 3-D-Filme „Avatar“ und „Oben“ sind in der Riege der besucherstärksten Streifen des vergangenen Jahres vertreten.

Punkten konnten jedoch nicht nur internationale Blockbuster: Von den 43 Filmen mit mehr als 1 Million Besuchern waren im vergangenen Jahr 14 Filme aus deutscher Produktion oder mit deutscher Beteiligung. Als Erfolgstreifen erwiesen sich zum Beispiel der Kinderfilm „Wickie und die starken Männer“ mit 4,9 Millionen Zuschauern sowie die Komödie „Zweihrküken“, die mit 3,3 Millionen Besuchern auf Platz sechs der zehn stärksten Filme des Jahres 2009 rangiert.

Insgesamt lösten 39,9 Millionen Kinogänger ein Ticket für einen deutschen Film – das entspricht einem Marktanteil von 27,4 Prozent.

Vorangetrieben wird die hiesige Branche unter anderem mit Mitteln des deutschen Filmförderfonds. Er bewilligte im vergangenen Jahr rund 60 Millionen Euro für 104 Projekte, davon 76 Spielfilme, 24 Dokumentationen und vier Animationsfilme. Der Fonds besteht seit 2007 und

Kino: Viel los vor der Leinwand



Quelle: Filmförderungsanstalt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

hat bislang 302 Filmproduktionen mit etwa 178 Millionen Euro finanziert.

Deutsche Kinohochburg ist Berlin mit 97 Spielstätten und mehr als 54.600 Kinossesseln. Im Jahr 2009 kamen erstmals mehr als 10 Millionen Besucher in die Filmsäle der Hauptstadt und besuchten den Betreibern einen Umsatz von über 69 Millionen Euro – ein Fünftel mehr als 2008. Platz zwei der Kinostädte belegt Hamburg mit 27 Spielstätten und gut 18.000 Plätzen. Im vergangenen Jahr strömten hier rund 4 Millionen Besucher in die Cineplexe und Programmkinos und brachten mit rund 36 Millionen Euro ein Umsatzplus von 23 Prozent gegenüber 2008. Auf Platz drei der Kinostädte rangiert München mit einem Gesamtumsatz von 34 Millionen Euro.

Im Schnitt wurde jeder Kinoplatz 179-mal belegt. Dieser kostete durchschnittlich 6,67 Euro und damit 8,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Während die Filmwirtschaft bei Besucherzahlen und Umsatz wieder bessere Ergebnisse verzeichnete, musste sie bei der Zahl der Kinostandorte erneut Einbußen hinnehmen. So schlossen auch im

Jahr 2009 im fünften Jahr in Folge wieder Filmtheater ihre Pforten. Mit 976 Kinos lag die Zahl erstmals unter der 1.000-Marke. Das sind 76 Kinosäle weniger als ein Jahr zuvor.

Dennoch sind die Cineasten heißer denn je auf die neuesten Werke von de Niro, Spielberg und Co. Das gilt auch für andere Länder: Die Filmwirtschaft in den USA erzielte 2009 knapp 11 Milliarden Dollar Umsatz. Damit wurden erstmals mehr als 10 Milliarden Dollar in einem Jahr an den Kinokassen umgesetzt. Insgesamt strömten 1,42 Milliarden Besucher in die US-amerikanischen Kinos und gaben zum ersten Mal seit 2002 wieder mehr Geld für das Kino als für DVDs aus.

Auch in Frankreich, Großbritannien und Dänemark sorgte das Jahr 2009 für neue Höchstmarken. So bezwangen die Franzosen erstmals seit 1981 die Besucherhürde von 200 Millionen Filmfans. Die Briten verzeichneten sogar einen Einspielrekord von 1,05 Milliarden Pfund und knackten damit erstmals die Milliardengrenze. Auf der Erfolgswelle schwammen schließlich auch die dänischen Filmtheater mit einem Besucherrekord von mehr als 14 Millionen Kinofans.

Ausbildungsvergütungen

Ein dickes Plus im Portemonnaie

Die **Ausbildungsvergütungen** sind im vergangenen Jahr so stark gestiegen wie lange nicht. Dazu beigetragen hat unter anderem die Entwicklung der Azubi-Gehälter im Osten, die sich dem Westniveau weiter annäherten.

Trotz Wirtschaftskrise waren die Bedingungen für junge Leute auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz im vergangenen Jahr recht gut: Nicht nur, dass es zum zweiten Mal in Folge mehr unbesetzte Stellen als unversorgte Bewerber gab (vgl. iwd 7/2010), auch die finanziellen Rahmenbedingungen der Berufsausbildung haben sich noch einmal deutlich verbessert (Grafik):

Die tariflichen Ausbildungsvergütungen stiegen 2009 in Westdeutschland um gut 3 Prozent und in Ostdeutschland um fast 5 Prozent.

Ein solch starkes Plus gab es das letzte Mal im Jahr 1995. Seitdem lag die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate für Azubiverdienste bei 1,7 Prozent im Westen und bei 1,4 Prozent im Osten.

Mittlerweile kann sich der West-Nachwuchs im Schnitt über 679 Euro brutto monatlich freuen, die Berufsanfänger im Osten immerhin über 595 Euro. Ein Blick auf die einzelnen Ausbildungsberufe zeigt allerdings, welche Spanne sich hinter diesen Durchschnittswerten verbirgt: Die mit Abstand höchsten Einkommen erhalten traditionell die angehenden Binnenschiffer

Azubi-Gehälter: Zehn Prozent mehr für Arzthelfer

Tarifliche Ausbildungsvergütungen der zehn Berufe mit den meisten Auszubildenden im Durchschnitt aller Ausbildungsjahre

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	pro Monat in Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	pro Monat in Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent
Medizinische/-r Fachangestellte/-r (FB)	573	9,8	573	9,8
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in (IH) (Hw)	689	5,9	477	2,4
	619	3,8		
Industriekaufmann/-frau (IH)	808	3,5	741	2,5
Industriemechaniker/-in (IH)	838	3,5	796	2,8
Kaufmann/-frau im Einzelhandel (IH)	704	2,8	621	1,0
Bürokaufmann/-frau (IH) (Hw)	583	2,8	698	1,5
	773	2,7	500	5,3
Verkäufer/-in (IH)	657	2,7	580	1,0
Friseur/-in (Hw)	449	2,5	269	0,0
Koch/Köchin (IH)	589	1,7	462	0,7
Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel (IH)	721	0,0	668	0,0
Durchschnitt aller Ausbildungsberufe	679	3,3	595	4,9

Stand: Oktober 2009; IH = Industrie und Handel, Hw = Handwerk, FB = Freie Berufe
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

mit derzeit 949 Euro brutto im Monat. Am wenigsten verdienen mit 269 Euro monatlich die Azubis im Friseurhandwerk in Ostdeutschland; in Westdeutschland sind die Vergütungen mit 378 Euro bei den Bauten- und Objektbeschichtern am niedrigsten.

Dass das Geld für junge Leute jedoch nicht das alleinige Kriterium für die Wahl des Lehrberufs ist, belegen die zehn meistbesetzten Ausbildungsberufe, auf die 2009 immerhin ein Drittel aller Neuverträge entfiel: Die üppigsten Vergütungen in dieser Gruppe bekommen momentan die 17.000 Industriemechaniker (838 Euro im Westen und 796 Euro im Osten), die vergangenes Jahr ihre Ausbildung begonnen haben, die magersten Saläre die rund 15.000 neuen Friseurlehrlinge (449 Euro im Westen).

Dennoch dürfte aufgrund der demografischen Entwicklung die Höhe der Ausbildungsvergütungen an Bedeutung gewinnen. Denn wenn die Zahl der Schulabgänger und damit auch die Zahl der qualifizierten Bewerber weiter sinkt, könnten mehr Unternehmen versuchen, noch unentschlossene Jugendliche durch

größzügigere Azubigehälter zu einer Bewerbung zu motivieren.

Doch es gibt auch eine Kehrseite der Medaille: Offenbar besteht ein Zusammenhang zwischen steigenden Vergütungen und dem Lehrstellenangebot, wie Zahlen für das vergangene Jahr nahelegen:

Jeder zusätzliche Euro Ausbildungsvergütung verringerte 2009 in Westdeutschland das Angebot um zwei Ausbildungsplätze im jeweiligen Beruf.

In Ostdeutschland ist diese Relation mit minus 0,2 Neuverträgen je zusätzlich gezahlten Euro deutlich günstiger. Das liegt zum einen daran, dass die tariflichen Vergütungen für Azubis im Osten im Schnitt immer noch unterhalb des Westniveaus liegen: So erhalten Lehrlinge in den neuen Bundesländern derzeit 88 Prozent der Azubi-Gehälter, die der Westen zahlt. Zum anderen ist im Osten der Anteil der Lehrstellen in zweijährigen Berufen mit 15 Prozent fast doppelt so hoch wie im Westen. Und diese Berufe weisen im Vergleich zu drei- und dreieinhalbjährigen Ausbildungsberufen relativ niedrige Vergütungen auf.

Für Adressaufkleber